

Das Wort am Sonntag von Olaf Thomas Opelt 26.01.2014
Hallo Deutsche, Leser und Nichtleser,

Es ist sehr wundersam, was da im Netz so alles verteilt wird.

Dieser Tage bekam ich über den Verteiler einen Hinweis auf die Seite vom Werner aus dem Paradies [1].

Da hat doch Werner weiß Gott ein ganz schönes Schreiben verfaßt. Bis zum Ende des zweiten Drittels ist mir des öfteren das Lachen gekommen, erst im letzten Drittel verfestigte sich seine Aussage dahin gehend, daß er sich auf die Grenzen von 1937 bezieht und lt. Genfer Abkommen, das bereits grundhaft seit 1864 aufgebaut wurde und vor 1949 zumindest eine bestmögliche Versorgung von Gefangenen und Verwundeten des Gegners beinhaltete, eine Besoldung zu erhalten hätte. Darauf ist er aber erst gekommen, weil er seinen Baphomet- Personalkarte abgegeben hat und nunmehr für die Brdler nicht mehr vorhanden ist, also auch keine Sozialhilfe bekommt.

Immer wieder predige ich, daß an ohne den „Personalausweis“, wahrhaftig ein völkerrechtswidriges Kärtchen nun einmal nicht am eigentlichen Leben, wenn auch sehr jämmerlich mehr teilnehmen kann, wenn man auf die paar Pfennige, die man damit erhält, angewiesen ist.

Man müßte also schon sehr viel Bares haben oder aber eben wie Werner einen guten Bekannten, der einen mit durchfüttert. Der Werner meint, daß Deutschland in den Grenzen von 1937 sein zu Hause wäre. Es ist kein zu Hause, es ist zur Zeit ein überdachtes Gefängnis, das 1945 nochmals verkleinert wurde, denn die Grenzen von 1937 stellen die Weimarer Republik dar, genau dieses völkerrechtswidrige Dreckding, was durch die Ententemächte (heimatlose Zionisten/R&Rs) 1919 geschaffen wurde, die sog. Weimarer Republik mit ihrer erpreßten Verfassung, die niemals in Kraft getreten ist, da der Herrscher, das Volk, (Art. 1) sie niemals in Kraft gesetzt hat. Aber solche wie Werner, der da im Paradies lebt, leider nicht im Schlaraffenland wo ihm die gebratenen Tauben ins Maul fliegen würden, interessiert es ja nicht. Da kann man ihn aufrufen wie man will der Bürgerklage beizutreten, man stößt auf taube Ohren.

Und das tun leider fast Alle , die zwar schimpfen und jammern, in den Verteilern sitzen, aber letztendlich nicht einmal gewillt sind, eine Erklärung zu unterschreiben, die ihnen nichts weiter kostet als ein klein wenig Arsch in der Hose. Da schreibt man lieber seitenlang irgendwas aus den Fingern gesogenes und kommt dann zum Schluß, daß man ja einen Haufen Gefangenenold zu beanspruchen hat.

Hallo Werner, Du da im Paradies, schaust Du auch mal in der Geschichte zurück oder sitzt Du nur auf Deiner Wolke und säufst Manna und zupfst die Leier? Du bräuchtest nicht weit zurückzuschauen, denn allein in den Jahren 1945/46 gab es die Kriegsgefangenen, die nach der Genfer Konvention, die es damals schon gab, versorgt wurden, deswegen waren diese auf den Rheinwiesen so glücklich und sind millionenfach ins Paradies gewandert.
Hast Du keinen von diesen getroffen, Du Werner aus dem Paradies? Dann lies doch bitte das Buch von James Bacque „Der geplante Tod“ [2], der da stellvertretend für Millionen aufdeckt was wirklich geschah.

Meinst Du es sind heute andere Herren, die Dein Frohlocken erhören?
Sie werden es nicht erhören, Du solltest es Machen wie Alois, der Dienstmann 172,
der wieder zur Erde kam um Bier zu saufen statt Manna; bedeutet, daß Du beide
Füße wieder fest auf den Boden bekommen solltest.

Denn auch was Klarheit und Wahrheit weitergeleitet hat, ist hirnrissig, denn die
haben dasselbe wie der Ewald, der hinter den Kulissen sitzt, weitergesendet.
Der Ewald hat es schon im März 2013 ohne sich selbst blicken zu lassen aus den
Kulissen ins Publikum herausgeschmissen. [2]
Somit werden die Klarheit zur Kloßbrühe und die Wahrheit zur Lüge, wie es sich für
die westlichen Demokratien nun einmal geziemt.

Da wird das Urteil eines Ausnahmegerichts angeführt [2] zitiert und vermeint, weil
sich dieses Gericht auf das Ausnahmegericht in Stuttgart bezieht, der Reichsausweis
den der Haug, auch ein Dr. der Physik wie das Merkela, ausgestellt hat, gültig sei.
Das kann der Ewald aber nur weil er das Urteil aus Stuttgart hinter den Kulissen
behält und es niemand einsehen kann.
Da steht doch im Urteil gleich oben an folgendes:

Leitsätze

*1. Die "Ämter" eines "Reichspräsidenten", eines "Präsidenten der Nationalversammlung"
oder "Präsidenten des Deutschen Reiches" stellen keine öffentlichen Ämter iSd § 132 1.
Altern. StGB dar.*

*2. Nach § 132 2. Altern. StGB macht sich nicht schuldig, wer im Namen des "Deutschen
Reiches" Personalausweise oder Führerscheine herstellt, die in keiner Weise den Anschein
amtlicher Dokumente erwecken.*

Damit dürfte eigentlich klar sein, daß was ich bereits im Prozeßantrag am
„Landgericht Zwickau“ im Jahr 2005 als vermeintlicher Ministerpräsident des
Reichslandes Freistaat Sachsen vorgetragen habe, nämlich, daß es keine
Reichsländer aber auch keine neuen Bundesländer juristisch gibt.
Im Gegensatz zu Haug hat man mich noch im Jahr 2007 in den Knast gesteckt,
obwohl ich keinen Betrug mit „Spaßkarten“- Reichsausweisen) betrieben hatte.
Haug hat man aber laufen lassen und ihm noch nicht einmal Betrug angelastet. Ist es
etwa deswegen gewesen, weil er anschließend sich zu Dr. Hamer begeben und
diesem das „Amt des Reichspräsidenten“ als sein Nachfolger angetragen hat um
diesen mit diesem Unsinn als Mensch abzuwerten und zu verleumden?

Leider hat Herr Dr. Hamer dieser Werbung nachgegeben. Herr Dr. Hamer,
meinerseits ein wahrlich ausgezeichneter Mediziner, der sein halbes Leben gegen
die Scharlatane der Pharmaindustrie und deren Helfershelfer im weißen Kittel
gekämpft hat, ist damit einem ebenfalls Helfershelfer genau derselben Scharlatane
auf den Leim gegangen.

Was aber seine Arbeit auf der medizinischen Seite nicht im Geringsten schmälert,
leider aber schadet.

Es ist also jetzt zusammenzufassen, daß die sog. Reichsausweise nichts anderes als
Spaßkarten sind, daß die BRD ihre Nachfolgerschaft als Weimarer Republik auch
nach dem 18.07.1990 durchaus weiter verteidigt, daß dieses der Schuld des
deutschen Volks unterliegt, daß hinters Licht geführt wird und das nicht nur durch das

BRD-Regime, sondern auch durch die Nepper, Schlepper, Bauernfänger, die immer wieder berechtigten Zorn vor die Brandmauer der Zionisten fährt und dort zerschellen läßt.

Und genau diesen Scharlatanen, von sich aus Auserwählte genannt, gehen nun die deutschen Lemminge in tausender Scharen auf den Leim.

Menschen, die sich als Wissende darstellen, daß man ihnen aber im vollen Maß abstreiten muß, leiten ohne einen Kommentar ein Petition der herzallerliebsten AVAAZ weiter.

Im Jahr 2011 ist ein Aufsatz von Frau Frederike Beck (Anhang 1) durch den Verteiler gegangen. In diesem Aufsatz stand klipp und klar, wie hinterhältig diese US-Nichtregierungsorganisation (NGO) arbeitet. Sie arbeitet genau so wie die Adenauer- und die Friedrich-Ebert-Stiftung, deren Tun die russische Regierung in Rußland unterbunden hat. Seit dem Rußland den NGOs straffe Zügel verpaßt hat, ist die aufgestachelte Opposition verstummt, da sie für ihre Untaten nicht mehr bezahlt werden, wie es jetzt aber in der Ukraine weiter funktioniert und es schon bürgerkriegsähnliche Zustände annimmt. Frau Beck schreibt gleich Eingang ihres Aufsatzes folgendes:

„Etwas tun gegen die herrschenden Ungerechtigkeiten, wenigstens einen kleinen Beitrag leisten zur Rettung der Welt – das oder Ähnliches haben wohl die meisten im Kopf, wenn sie im Rahmen eines Aufrufs ihre Stimme abgeben oder gar einen gewissen Betrag spenden.“

Und so geht es, nicht mit Kloßbrühe und Lüge, weiter sondern mit der klaren Aufzeige des verbrecherischen Tun der AVAAZ. Aber solch eine klare Ausführung läßt sich schlecht lesen, weil ja nicht Deutsches Reich und schon gleich gar nicht der Freistaat Preußen mitangeführt wird, was AVAAZ in seiner Petition einer der feinsten Halbwahrheiten, also größte Lügen, den deutschen Lemmingen unter die Nase reibt und diese wie nach 10 Tüten vollbekifft auf den Hinterbeinen stehen und zu den Klängen des Veitstanzes ihre faulen fetten Leiber, die mit hohlen Nischeln gekrönt sind, drehen.

Da heißt es doch im Vorwort dieser Petition, die auch im Fratzenbuch zu lesen ist:

„Mag man sich auch darum streiten, wer in Berlin am Ruder ist, wir sitzen doch alle im selben Boot. Uns alle ruft daher die Pflicht. Eine Stimme für diese Petition ist eine Stimme für Deutschland und damit für Europa.“

Ja Hallo, in welchem Boot sitzen wir denn, wenn Schäuble mit an Bord ist? Auf keinen Fall in einem Boot der Wikinger, wo freie Männer an den Rudern sitzen. Wohl doch auf einer Galeere, wo der deutsche Lemming fein in Ketten festgeschmiedet an den Rudern sitzt und selbst der Obersklave (wie Ebel oder Frühwald) an der Pauke den Takt vorgibt, noch festgeschmiedet ist. Dafür aber stehen die herzallerliebsten Sklaventreiber zur Aufmunterung bereit um mit sanften Streicheln ihrer Peitschen den Rücken zum Bluten zu bringen, wenn der Sklave unwillig wird. Und oben auf der Galerie der Galeere stehen die Ausgesuchten und ihre Krieger und winken den Auserwählten zum Abschied zu, denn sie fahren auf neuen Beutezug und wissen, daß sie ohne neue große Beute nicht nach Hause kommen dürfen. Da steht doch am Ende der Petition folgendes:

„Im Namen des deutschen Volkes“

Sie sprechen gleich wie ihre Mitstreiter an den Ausnahmegerichten des BRD-Regimes und enden folgend:

...“ der Freistaat Preußen in Vertretung des derzeit nicht handlungsfähigen Deutschen Reiches“

Der Freistaat Preußen, ein Produkt der Weimarer Republik, der den Staat Preußen ersetzen sollte, wurde 1947 von den vier Besatzungsmächten mit dem Kontrollratsgesetz 46 aufgelöst. Aber bei AVAAZ vertritt dieses aufgelöste völkerrechtswidrige Etwas den zwar handlungsunfähigen aber tatsächlichen Staat Deutsches Reich. Spätestens hier müßte es einem Jeden halbwegs denkenden Menschen die Fußnägel bis hoch zu den Ohren aufrollen. Aber Dank der alltäglichen mildtätigen Gabe der Auserwählten von Aluminium- Bariumoxid an die Lemminge, sind diese in einer feinen Demenz und brauchen besser gesagt können nicht mehr Gut Denken, gut Reden und gut Handeln.

Olaf Thomas Opelt
Staatsrechtlicher Bürger der DDR
Reichs- und Staatsangehöriger
Mitglied im Bund Volk für Deutschland

[1] <http://www.widerstand-ist-recht.de/>

[2] <http://de.scribd.com/doc/25765654/bacque-james-der-geplante-tod>

[3] <http://ewald-hinterdenkulissen.blogspot.de/2013/03/urteil-reichsausweis-gultig.html>

Neu: [Antrag auf Überprüfung der Staatsangehörigkeit](#)

**Eil-Antrag auf Zahlung von
Unterhaltskosten**

nach Artikel 7 der Haager Landkriegsordnung

[\(Dieser Antrag als pdf-Datei\)](#)

Begründung:

1.) Es gibt keinen Staat Bundesrepublik Deutschland. Die BRD war von Anfang an ein ein Staatsfragment, das zum Staat Deutschland werden sollte, wenn alle Gebiete des Deutschen Reiches vom 31.12.1937 wieder vereint seien¹. Dies ist bisher nicht der Fall.

Dennoch wird behauptet mit dem Einigungsvertrag von 1990 sei aus der Deutschen Demokratischen Republik und der Bundesrepublik Deutschland der Staat „Deutschland“ entstanden.² Die BRD, die auch vorher kein Staat war, ist 1990 bei den Vereinten Nationen abgemeldet worden, „Deutschland“ (Germany) wurde angemeldet.

2.) „*Deutschland“ bedeutet das Deutsche Reich wie es am 31.12.1937 bestanden hat*“, so die offizielle und völkerrechtlich verbindliche Definition, die man seit dem 18. Sept. 1944 in der „Sammlung der Gesetze, Verordnungen, Anweisungen und Anordnungen der Militärregierung-Deutschland“³ nachlesen kann.

Dieses „Deutschland“ gibt es bis heute nicht, da die „Ostgebiete“ völkerrechtswidrig an Polen abgetreten wurden. Sie befinden sich außerhalb des Hoheitsbereich der BRD und konnten von der Bundesregierung weder verwaltet oder abgetreten werden.

3.) Daraus folgt: Die BRD gibt es nicht mehr und „Deutschland“ kann es noch nicht geben. Demnach existiert derzeit kein Staat. Daher kann es auch keine rechtmäßigen Staatsorgane geben, die befugt wären „hoheitliche Aufgaben“ zu erfüllen. Das wäre nur dann möglich, wenn wir noch immer völkerrechtswidrig in einem besetzten Land lebten und die Besatzungsmächte einigen Berufsgruppen genehmigen würden, „amtlich“ tätig zu werden. Dies scheint tatsächlich der Fall zu sein: Laut Artikel 120 des Grundgesetzes der BRD „*trägt der Bund die Aufwendungen für Besatzungskosten*“. Demnach ist das Land noch immer besetzt, und es gelten heute noch die Besatzungsrechte, z.B. dieses hier: SHAEF Gesetz Nr. 2 Artikel V (9) „*Niemand kann als **Richter, Staatsanwalt, Notar oder Rechtsanwalt amtieren**, falls er nicht eine Zulassung der Militärregierung erhalten hat.*“

4.) Bisher konnte mir noch kein Richter oder Staatsanwalt den Nachweis führen, dass es einen Staat gibt oder dass er eine Genehmigung der Militärbehörde hat um amtlich tätig zu sein. Entsprechende Strafanträge wurden gestellt aber nicht behandelt.⁴ Es wird regelmäßig und fortwährend gegen die Auskunftspflicht verstoßen. Eine Nachfrage bei der Militärbehörde blieb ebenfalls ohne Antwort, sodass ich nunmehr davon ausgehe, dass auch dort niemand die Verantwortung

dafür übernehmen will, dass es weder einen Staat noch Amtspersonen gibt, die hoheitliche Aufgaben erfüllen dürften. Das wäre das Zugeständnis über einen Jahrzehnte dauernden Betrug, der von den Besatzungsmächten geduldet und gedeckt wird.

Der fehlende Staat dürfte der Grund sein, warum viele Schreiben der Staatsanwaltschaft „im Auftrag“ verfasst werden, was nach Urteilen des BGH bedeutet, *„dass der Unterzeichnende für den Inhalt der Rechtsmittelschrift keine Verantwortung übernimmt.“*

Der fehlende Staat dürfte der Grund sein, warum Richter keine Urteile verschicken sondern „Ausfertigungen“, die keine richterliche Unterschrift tragen. Dem Wortlaut des Gesetzes nach *„werden den Parteien“* die, vom Richter unterschriebenen *„Urteile“*⁵, zugestellt und keine „Ausfertigungen“! „Ausfertigungen“ erhält man auf Antrag. *„Nicht beantragte Ausfertigungen jedoch sind darüber hinaus nicht existent. Denn das, was man nicht beantragt hat, kann auch aus verwaltungsverfahrensrechtlichen Gründen nicht beschieden werden.“*⁶

Da es mangels Staates keine Staatshaftung mehr gibt, haften Richter, Staatsanwälte und Beamte persönlich. Das hat dazu geführt, dass dem Bürger Urteile, Beschlüsse, Einstellungsbescheide, Strafbefehle und andere behördliche Urkunden ohne rechtskräftige Unterschrift zugemutet werden. Oftmals werden Untergebene missbraucht, um eine Urkunde „im Auftrag“ zu unterschreiben, oder eine Angestellte wird als „Urkundsbeamtin“ ausgegeben, was einer Amtsanmaßung gleich kommen dürfte.

Juristisch dürfte es sich um Urkundensimulation, Verletzung des Rechtsgrundsatzes von Treu und Glauben, Rechtsbetrug, Strafvereitelung im Amt, arglistige Täuschung, Amtsanmaßung usw. handeln.

Im Falle von Repressalien kommen Nötigung, Erpressung, Freiheitsberaubung usw. hinzu.

Es gibt faktisch keinen inner“staat“lichen Rechtsweg, den ich noch beschreiten könnte, ohne dass ich mich an eine kriminelle Vereinigung wenden müsste, die vorgibt, in staatlichem Auftrag zu handeln, tatsächlich aber nur Privatpersonen besteht. Da es sich oftmals um studierte Volljuristen handelt, muss ich davon ausgehen, dass sie vorsätzlich rechtswidrig handeln.

Hier weitere Beispiele rechtswidriger Handlungen durch angebliche Staatsorgane, die ich in der Vergangenheit erfolglos zur Anzeige gebracht hatte. Damit dürfte ausreichend belegt sein, dass es sich um eine Kriminelle Vereinigung handelt:

Regierung und Parlament

- die Bundestagsabgeordneten müssen lt. Grundgesetz und Strafgesetzbuch in „unmittelbarer“ Wahl gewählt werden. Demnach ist die seit den 60er Jahren

praktizierte Listenwahl grundgesetzwidrig.

(Widersprüche gegen die Bundestagswahl und Dienstaufsichtsbeschwerden werden nicht behandelt⁷)

- Durch grundgesetzwidrige Wahlen kann kein legitimes Parlament entstehen.

- Ein grundgesetzwidrig gewähltes Parlament kann keine legitime Regierung wählen.

- Eine illegales Parlament kann keine rechtsverbindlichen Gesetze beschließen.

(Selbst wenn es die Bundesrepublik Deutschland noch gäbe, so dürfte es aus diesen Gründen keine rechtskräftigen Gesetze geben)

Das Grundgesetz

Die völkerrechtliche Grundlage für das GG der BRD ist der Artikel 43

(Wiederherstellung der öffentlichen Ordnung) der Haager Landkriegsordnung, welcher folgendes aussagt:

Nachdem die gesetzmäßige Gewalt tatsächlich in die Hände des Besetzenden übergegangen ist, hat dieser alle von ihm abhängenden Vorkehrungen zu treffen, um nach Möglichkeit die öffentliche Ordnung und das öffentliche Leben wiederherzustellen und aufrechtzuerhalten, und zwar, soweit kein zwingendes Hindernis besteht, unter Beachtung der Landesgesetze.⁸

Das nicht Vorhandensein einer, vom Volk genehmigten Verfassung, ist der Beweis, dass es noch immer keinen souveränen Staat gibt. Begriffe wie Verfassungsgericht und Verfassungsschutz sind bewusste Täuschungen der Bürger.

Hier einige Artikel aus dem Grundgesetz, gegen die fortwährend von den angeblichen Staatsgewalten verstoßen wird:

- Die Präambel des Grundgesetzes beginnt mit den Worten: „*Im Bewusstsein seiner Verantwortung*

vor Gott und den Menschen...“ Demnach ist es offenkundig, dass es einen Gott gibt. Laut Bibel ist Gott der Schöpfer und der Eigentümer der Erde. Demnach müssten alle Urheber- und Eigentumsrechte bei ihm liegen. Alle anderslautenden Gesetze sind demnach nichtig.

- In der aktuellen Fassung des Grundgesetzes (Stand: 21.7.2010) steht im Artikel 144 in dem Artikel

23 seien die Länder der Bundesrepublik Deutschland aufgeführt. Im Artikel 23 stehen jedoch keine

Länder. Das Grundgesetz ist tlw. widersprüchlich bzw. unsinnig, wie z.B. der Artikel 144.

- Das Grundgesetz hat seit 1990 keinen Geltungsbereich⁹ mehr; es gibt demnach keinen Bereich mehr in dem es gilt. Der Geltungsbereich stand im Artikel 23 GG (alte Fassung).

- Im Art. 23 GG findet man heute die Erlaubnis zu Übertragungen von 'Hoheitsrechten', um die EU mit Herrschaftsmacht über Deutschland auszustatten. Rechtlich gesehen müsste es sich dabei um Hochverrat handeln.

- Nach Artikel 140 des Grundgesetzes sind „*die Bestimmungen der Artikel 136, 137, 138, 139 und 141 der deutschen Verfassung vom 11. August 1919 ... Bestandteil dieses Grundgesetzes.*“ Demnach müsste die Bundesregierung über das Reichsgebiet von 1919 verfügen.
- Im Art. 116. (1) des Grundgesetzes steht: „*Deutscher im Sinne dieses Grundgesetzes ist ... wer ... in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.*“ Laut §12 des Wahlrechts sind „*alle Deutschen im Sinne des Artikels 116 (1) des Grundgesetzes*“ wahlberechtigt. Die Abgeordneten des Deutschen Bundestages sind gem. Art. 38 GG „*Vertreter des ganzen Volkes*“, also aller Deutschen innerhalb der Grenzen vom 31.12.1937. Das ist unmöglich, da die Hoheitsgewalt der BRD-Regierung an der Grenze der BRD endet. Die Wahlgesetze sind offensichtlich rechtswidrig.
- In einem Rechtsstaat müsste die Gewaltenteilung gelten. Die Bundeskanzlerin und die Mehrzahl der Minister können nicht gleichzeitig der Legislative und der Exekutive angehören.
- Nach Art. 48(3)GG haben Bundestagsabgeordnete „*Anspruch auf eine angemessene, ihre Unabhängigkeit sichernde Entschädigung.*“ Demnach sind bezahlte Nebentätigkeiten ein Verstoß gegen das Grundgesetz, da sie Abhängigkeiten schaffen.
- Nach Artikel 38(1) sind die Abgeordneten des Deutschen Bundestages „*nur ihrem Gewissen unterworfen.*“ Dem entgegen werden Fraktionsbeschlüsse abgeschlossen in denen festgelegt wird dass die Koalitionsfraktionen einheitlich abstimmen und wechselnde Mehrheiten ausgeschlossen sind.¹⁰

Der Scheinstaat

- Die angeblich staatlichen Stellen sind in Firmensuchmaschinen als private Gesellschaften gelistet und unterliegen damit dem Privatrecht. Das gilt für die Bundesregierung, für den Deutschen Bundestag, für Gerichte, Staatsanwaltschaften und Polizeibehörden. Die gesamte Bundesrepublik Deutschland mitsamt ihren über 60 Anteilseignern und Inhabern sind dort als rein privates Unternehmen zu finden. „*Bei den Anteilseignern dürfte es sich um die Mitglieder der UNO und 'Feindstaaten' im 2. Weltkrieg handeln, die sich die BRD als private Melkkuh halten... Es gibt keinen Grund und keine anzuerkennende Rechtsgrundlage, die den Bürger dazu zwingen könnte, an das private Besatzungssystem Steuern zu zahlen.*“¹¹

Die Soldaten

- Ohne Staat kann es keine rechtmäßigen Soldaten geben.
 - Die Soldaten schwören den Eid "*Ich schwöre, der Bundesrepublik Deutschland treu zu dienen und das Recht und die Freiheit des deutschen Volkes tapfer zu verteidigen, so wahr mir Gott helfe.*"¹²
- Die BRD gibt es seit 1990 nicht mehr und das „deutsche Volk“ kann nicht tapfer verteidigt werden, da es sich zum großen Teil außerhalb des Hoheitsbereiches der Bundesregierung lebt.

- Im § 16 des Soldatengesetzes wird das Verhalten der Soldaten in anderen Staaten geregelt.

Dort heißt es: „Außerhalb des **Geltungsbereichs des Grundgesetzes** ist dem Soldaten jede

Einmischung in die Angelegenheiten des Aufenthaltsstaates versagt.“ Ohne Geltungsbereich dürfen Soldaten überhaupt nicht tätig sein. Der Geltungsbereich des Grundgesetzes endete bis 1990 an der Grenze der BRD. Demnach dürften Soldaten nie im Ausland eingesetzt werden.

- Nach Artikel 26 GG ist die „*Führung eines Angriffskrieges vorzubereiten*“ verfassungswidrig. Die Rechtsauffassung der Bundesanwaltschaft nachdem "**nur die Vorbereitung an einem Angriffskrieg und nicht der Angriffskrieg selbst strafbar**" seien, "**so dass auch die Beteiligung an einem von anderen vorbereiteten Angriffskrieg nicht strafbar ist.**¹³" bedeutet, dass die Soldaten ohne Vorbereitung in Angriffskriege geschickt werden.

Die angebliche Rechtsprechung

- Das sogenannte Bundesverfassungsgericht wird nach dem Parteienproporz besetzt, was gegen Artikel 3(3) des Grundgesetzes verstößt, nach dem niemand wegen seiner politischen Anschauungen bevorzugt werden darf.

- Nach Art. 97(1) des Grundgesetzes sind die Richter seit 1949 unabhängig und nur dem Gesetze

unterworfen. Eine unabhängige, selbstverwaltete Dritte Gewalt ist bis heute noch nicht vorhanden. Die Exekutive bestimmt wer Richter wird und wer als Richter befördert wird.

- Nach Art. 101(1) Grundgesetz sind Ausnahmegerichte unzulässig. Niemand darf seinem

gesetzlichen Richter entzogen werden. Es gibt keine staatlichen Gerichte und keine gesetzlichen Richter in diesem Lande. Die Urteile sind nicht „Im Namen des Volkes“, sondern Scheinurteile im Auftrag einer Besatzungsmacht, die das Volk ausbeutet.

Das Gesetz über Ordnungswidrigkeiten

Der § 5 OWiG (Räumliche Geltung) lautet:

„Wenn das Gesetz nichts anderes bestimmt, **können nur Ordnungswidrigkeiten geahndet werden,**

die im räumlichen Geltungsbereich dieses Gesetzes oder außerhalb dieses Geltungsbereichs auf

einem Schiff oder in einem Luftfahrzeug begangen werden, das berechtigt ist, die Bundesflagge

oder das Staatszugehörigkeitszeichen der Bundesrepublik Deutschland zu führen.“

In dem Gesetz ist kein „räumlicher Geltungsbereich“ benannt. Demnach gilt das OWiG lediglich auf Schiffen und in Flugzeugen mit Bundesflagge. Anderslautende Antworten habe ich, trotz mehrerer Anfragen, weder von der Staatsanwaltschaft noch von den angeblich zuständigen Behörden erhalten. Trotzdem werden tagtäglich Bußgelder wegen Ordnungswidrigkeiten erhoben.

Die Parteien

Nach Art. 21(1) des Grundgesetzes „*wirken* (die Parteien) *bei der politischen Willensbildung des Volkes mit.*“ Machtausübung steht den Parteien demnach nicht zu.

- Nicht das Volk sondern Parteien bestimmen wer die Regierung stellt und wer welchen Posten erhält.
- Tatsächlich begehen die Parteien Gesetzes- und Verfassungsbrüche en masse: Ämterpatronage ist gesetzes- und verfassungswidrig, wird aber gleichwohl tausendfach praktiziert.
- Die Staatsfinanzierung der Fraktionen ist zur verdeckten verfassungswidrigen Parteienfinanzierung geworden.
- Globalzuschüsse für die politische Bildung über die Parteistiftungen sind verfassungsrechtlich unzulässig.

Die Eide

- Der Bundespräsident leistet bei seinem Amtsantritt vor den versammelten Mitgliedern des Bundestages und des Bundesrates den Eid¹⁴ sich „*dem Wohl des deutschen Volkes*“ zu widmen. Ein Volk der BRD gibt es nicht. Das deutsche Volk ist das Volk innerhalb des Gebietes des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31.12.1937.¹⁵ Würde er sich dem *ganzen* Volk widmen dürften die Ostgebiete nicht abgetreten worden sein.

- Der Bundespräsident leistet den Eid „*das Grundgesetz... zu wahren und zu verteidigen.*“ Dieser Eid ist unmöglich einzuhalten, denn im Grundgesetz sind verschiedene Geltungsbereiche angegeben. Nach Artikel 140 GG gilt das Reichsgebiet von 1919, im Artikel 116(1) handelt es sich um das Gebiet des Deutschen Reiches von 1937 und der Artikel 23, in dem der Geltungsbereich der BRD tatsächlich genannt war, ist 1990 gelöscht worden.

- Nach Auskunft der Staatsanwaltschaft können Verstöße gegen die Eide strafrechtlich nicht verfolgt werden. Demnach wird die Öffentlichkeit getäuscht und belogen, da Amtsträger ungestraft einen Meineid leisten können.

Der internationale Betrug

- „Die Konvention zum Schutze der Menschenrechte und Grundfreiheiten“ vom 4.11.1950 und die Zusatzprotokolle sind mit „Deutschland“ unterschrieben. Unterzeichnet wurde die Konvention erstmals 1952 von **Deutschland**. 5 Jahre später erfährt man: „*Das Saarland gehört mit Wirkung vom 1. Januar 1957 zu Deutschland und ist als Vertragspartei völkerrechtlich untergegangen.*“ Ratifiziert wurde der Vertrag von **Deutschland** 1957. **Deutschland** unterzeichnete weitere Protokolle 1969, 1989, 1994, 1995, 2000 und 2004.

Demnach ist Deutschland seit 1952 bis heute Mitgliedsstaat im Europarat und kann nicht durch den Zusammenschluss von BRD und DDR im Jahre 1990 gegründet worden sein, wie das in der Mitgliederliste der Vereinten Nationen behauptet wird.

Der Personalausweis

Der Personalausweis, der von der Bundesrepublik Deutschland herausgegeben wird, enthält eine wesentliche und vorsätzliche Falschangabe. Als Staatsangehörigkeit ist dort „*DEUTSCH*“ angegeben. DEUTSCH ist kein Staat. Nach §27 (1) PAuswG muss der Ausweis der Personalausweis“behörde“ unverzüglich vorgelegt werden, wenn eine Eintragung unrichtig ist. Die zuständige „Behörde“ weigert sich seit 2006, mir einen Personalausweis auszustellen, in dem ein tatsächlicher Staat benannt ist. Daher muss ich davon ausgehen, dass es tatsächlich keinen Staat gibt, weder die „Bundesrepublik von Deutschland“ (Federal Republic of Germany) noch „Deutschland“.

Ohne gültigen Personalausweis kann ich weder ein Konto eröffnen noch einen Antrag bei einer (angeblichen) Behörde oder einer anderen Institution stellen, da ich angeblich nicht zu „identifizieren“ bin. Offensichtlich wird man durch die Anerkennung des „falschen“ Personalausweises zum Personal der NGO (Nichtstaatliche Organisation) Bundesrepublik Deutschland.

Besatzung und Kriegsgefangenschaft

Ohne Personalausweis der erloschenen BRD kann ich mich in diesem Land nicht mehr bewegen, ohne Gefahr zu laufen, von Personen verhaftet zu werden, die vorgeben hoheitliche Aufgaben zu erfüllen. Da ich mich auch im Ausland nicht mehr ausweisen kann, bin ich inzwischen ein Gefangener der Privatorganisation Bundesrepublik Deutschland, die mich zwingen will, sie als Staat anzuerkennen. Die Private Regierung handelt im Auftrag der Besatzungsmächte, die noch immer in diesem Lande stationiert sind und Hoheitsgewalt über die Gesetzgebung haben.

Oberstleutnant Max Klar schreibt in einem Kommentar: **»Germany is an occupied country and it will stay that way...«** –

»Deutschland ist ein besetztes Land, und das wird es bleiben« was soviel heißt, dass derjenige, der das sprach, keine Jota daran ändern wird. – Es war Herr Obama, der 2009 als frisch gewählter US-Präsident bei seinem ersten Besuch in Deutschland meinte, das vor amerikanischen Soldaten sagen zu müssen. Jeder deutsche »glückliche Sklave« sollte es wissen; vor allem diejenigen, welche Herrn Obama noch als Präsidentschaftskandidaten an Berlins Siegestsäule so frenetisch als neuen Messias feierten. Die von politischer Korrektheit bestimmten deutschen Medien schweigen dazu natürlich.«

Später heißt es darin: *„Wer die Wahrheit über die beabsichtigte weitere Versklavung unseres Landes unter der US-Knute wissen will, lese in ... die Ausarbeitung von Prof. Dr. Eberhard Hamer »Die US-Hochfinanz treibt die Welt systematisch in die Zinsknechtschaft – Eine neue Form des Imperialismus«“*

und „Gemessen an der Summe der militärischen Konflikte sind wir als besetztes Land (s. o. Obama-Zitat) im Bunde mit der wohl aggressivsten Macht der Welt. Die USA kennen zur Konflikt-Lösung ganz offensichtlich nur den Dollar (s.o. Prof. Dr. Eberhard Hamer) oder den Krieg.“¹⁶

Der ehemalige MAD-Amts-chef Gerd-Helmut Komossa schreibt in seinem Buch „Die Deutsche Karte“: »Der Geheime Staatsvertrag vom 21. Mai 1949 wurde vom Bundesnachrichtendienst unter „Strengste Vertraulichkeit“ eingestuft. In ihm wurden die grundlegenden Vorbehalte der Sieger für die Souveränität der Bundesrepublik bis zum Jahre 2099 festgeschrieben, was heute wohl kaum jemandem bewusst sein dürfte.«¹⁷

“Das Besatzungsrecht steht als selbständige Rechtsordnung **über** und neben dem deutschen Recht. Es wendet sich einerseits an die der Besatzung Unterworfenen, also an die deutschen Behörden und zum Teil auch unmittelbar an die einzelnen deutschen Bürger...“¹⁸

Im Potsdamer Protokoll kann man nachlesen, welche Rolle die Behörden während der Besatzung zu übernehmen haben: „Den deutschen Behörden ist nahezu legen, in möglichst vollem Umfang die Verwaltung dieses Apparates zu fördern und zu übernehmen. **So ist dem deutschen Volk klarzumachen, dass die Verantwortung für diese Verwaltung und deren Versagen auf ihm ruhen wird. Jede deutsche Verwaltung, die dem Ziel der Besatzung nicht entsprechen wird, wird verboten werden.**“¹⁹

Mit anderen Worten: Jede Regierung, die die Interessen der Bevölkerung gegenüber den Besatzern durchsetzen will, wird verboten. Damit wird verständlich, warum ich kein rechtsstaatliches Handeln der Behörden erwarten kann. Die praktizierte Auskunftsverweigerung und der fortgesetzte Rechtsbruch dienen der Aufrechterhaltung der Besatzung.

Internationale Rechte

Da ich keine innerdeutsche Rechtsstaatlichkeit mehr erwarten kann, werfe ich einen Blick auf einige internationale Gesetze. Die fortgesetzte Rechtsbeugung und die Beschränkung meiner Bewegungsfreiheit empfinde ich als Angriff auf meine persönliche Freiheit und meine Menschenrechte. Gem. §7 des Völkerstrafgesetzbuches vom 26. Juni 2002 dürfte es sich um Verbrechen gegen die Menschlichkeit handeln, die nach § 5 niemals verjähren.

Nach Artikel 6 der Charta der Grundrechte der Europäischen Union²⁰ hat „Jede Person ... das Recht auf Freiheit und Sicherheit.“ Daher kann es nicht sein, dass „Staats“organe, die sich nicht als solche legitimieren können, mich zwingen wollen, sie als hoheitliche Autoritäten anzuerkennen, mich „Personenkontrollen“ zu unterziehen, mir Steuern abverlangen, mir Geldbußen auferlegen, mein Konto pfänden, mich mit Haft bedrohen, mir keinen Ausweis ausstellen, in dem die

tatsächliche Staatsangehörigkeit benannt ist und so verhindern, dass ich nicht ins Ausland reisen kann. Freizügigkeit und Aufenthaltsfreiheit sind im Artikel 45 der Charta garantiert. Das Recht auf einen wirksamen Rechtsbehelf ist im Artikel 47 der Charta festgeschrieben sowie im Artikel 13 der Konvention zum Schutz der Menschenrechte. Das Recht auf ein faires Verfahren ist dort im Artikel 6 verankert.

Die tatsächliche Rechtslage

In Ermangelung eines Staates, der andauernden Besatzung, der Tatsache, dass es keine rechtmäßig gewählte Regierung und somit auch keine rechtmäßigen Gesetze geben kann, die Rechtsprechung weder gesetzlich noch unabhängig ist, kann nur noch internationales Recht Gültigkeit haben.

Die Haager Landkriegsordnung

Das Abkommen ist am 26.01.1910 für das Deutsche Reich in Kraft getreten und von Deutschland unterzeichnet. Deutschland bedeutet laut internationaler Definition, „*das Deutsche Reich wie es am 31. Dezember 1937 bestanden hat.*“²¹

Nach Art. 116(1) des Grundgesetzes, das offensichtlich keine Gültigkeit mehr hat, ist „Deutscher“ „*wer in dem Gebiete des Deutschen Reiches nach dem Stande vom 31. Dezember 1937 Aufnahme gefunden hat.*“

Da ich am 18.12.1950 in Germersheim (ehem. BRD) geboren wurde, was auch im abgelaufenen Personalausweis nachzulesen und bei den angeblichen Behörden registriert ist, bin ich inzwischen staatenloser Deutscher, der keine Möglichkeit hat irgendwelche Unterhaltskosten zu beziehen, außer er wird Mitglied in der kriminelle Vereinigung Bundesrepublik Deutschland, was ihm moralisch und strafrechtlich verboten ist.

Daher beantrage ich die Zahlung von Unterhaltskosten und bitte zu prüfen, wer diese in meinem Fall zu leisten hat.

Meiner Meinung nach gilt **Artikel 7 der Haager Landkriegsordnung:**

„Die Regierung, in deren Gewalt sich die Kriegsgefangenen befinden, hat für ihren Unterhalt zu sorgen.

In Ermangelung einer besonderen Verständigung zwischen den Kriegführenden sind die Kriegsgefangenen in Beziehung auf Nahrung, Unterkunft und Kleidung auf demselben Fuße zu behandeln wie die Truppen der Regierung, die sie gefangen genommen hat.“

Als Deutscher bin ich offiziell Kriegsgegner der Regierung der BRD, als Vertretung der Besatzungsmacht, die kein Interesse daran hat, endlich einen Friedensvertrag mit der gesamtdeutschen Bevölkerung abzuschließen. Es ist die

einzigste „Regierung“, die für mich zuständig sein könnte, die „dem Ziel der Besatzung“ entspricht und in deren Gewalt sich die Kriegsgefangenen befinden. Sie nutzt die uniformierten und bewaffneten Einheiten der Polizei, der Bundeswehr, der GSG 9 und die versteckt arbeitenden Kräfte der Geheimdienste, um ihr Verständnis von Sicherheit und Ordnung im Sinne der Besatzungsmacht durchzusetzen.

Als Kriegsgefangener muss ich „auf demselben FuÙe behandelt werden“ wie ein Soldat der Bundeswehr.

Der Antrag ist als Eil-Antrag zu behandeln, da ich kein Geld mehr habe und derzeit zu Lasten einer Freundin lebe.

Werner May
Fahrenwalde, den 8.1.2014

Dokumentiert sind die Strafanzeigen, die Schein-Beschlüsse und Schein-Urteile auf meiner Internetseite www.widerstand-ist-recht.de .

1Siehe in den Protokollen des Parlamentarischen Rates. Zitat: „Wir haben nicht die Verfassung Deutschlands oder

Westdeutschlands zu machen. Wir haben keinen Staat zu errichten...“

2Siehe Mitgliederliste der Vereinten Nationen

3SHAEF-Gesetz Artikel VII – Begriffsbestimmungen Punkt 9(e).

4Siehe: www.widerstand-ist-recht.de

5ZPO § 317 Urteilszustellung und -ausfertigung

6Ausführlich: <http://tinyurl.com/nmcvtya>

7Meine persönliche Erfahrung und auf meiner Web-Seite dokumentiert

8 Haagerlandkriegsordnung vom 07.10.1907.

9Früher Artikel 23 GG, der 1990 gelöscht und am 21. Dezember 1992 mit einem neuen Inhalt gefüllt wurde.

10z.B. Fraktionsbeschluss zwischen der SPD und Bündnis 90/Die Grünen vom 20.10.1998 unter XII2

11Zitat von Rechtsanwalt Lutz Schäfer

12Soldatengesetz § 9

13AZ 3 ARP 8/06-3

14Grundgesetz Artikel 56

15Grundgesetz Artikel 116(1)

16http://www.verband-deutscher-soldaten.de/index.php?option=com_content&view=article&id=115:desganzendeutschlands-

17Zitiert in Unabhängige-Nachrichten 8/2013

18Von Schmoller/Maier/Tobler, Handbuch des Besatzungsrechts, JBC Mohr (Paul Siebeck) Tübingen 1951

19Potsdamer Protokoll Artikel III Pt. 16

20Vom 18.12.2000

21SHAEF Militärgesetze Art. VII 9(e) Begriffsbestimmungen